STIFTUNG Marktwirtschaft

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 24. November 2026

Öffentliche Kassen außer Kontrolle – 26,6 Billionen Euro an expliziten und impliziten Schulden

Update 2026 der Generationenbilanz: Nachhaltigkeitslücke auf Rekordniveau

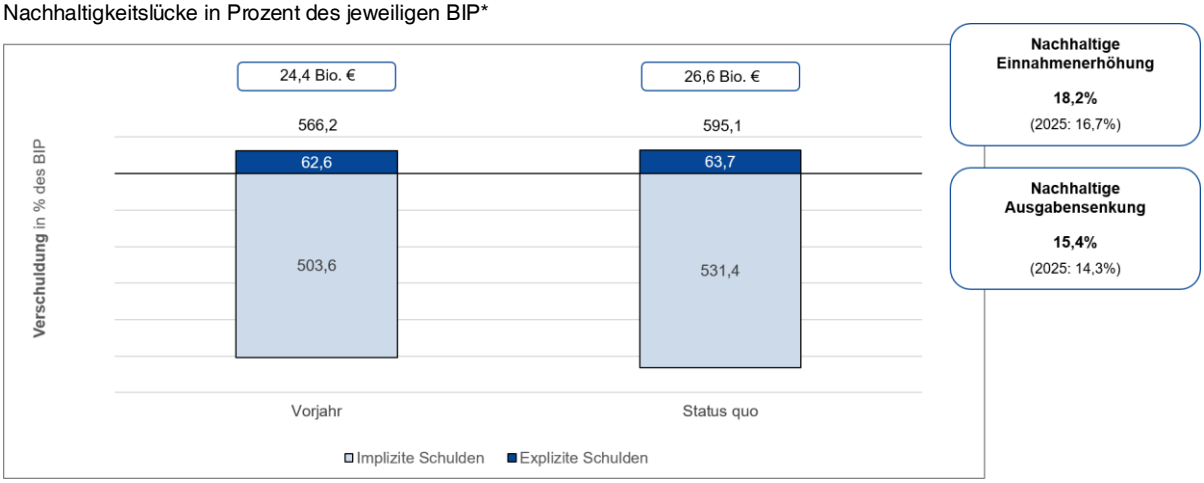
Die durch die Nachhaltigkeitslücke gemessene Gesamtsumme der Schulden und zukünftigen Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte beläuft sich aktuell auf 26,6 Billionen Euro (595,1 Prozent des BIP). Davon entfallen lediglich 2,8 Billionen Euro und damit kaum mehr als ein Zehntel auf die offiziell ausgewiesene Staatsverschuldung. Der weitaus größere Teil besteht aus impliziten Schulden, die sich bei Fortführung der bisherigen Politik künftig ebenfalls in expliziten Schulden niederschlagen werden. Um zu verhindern, dass Deutschland von dieser Schuldenlast erdrückt wird, sind mutige Konsolidierungsschritte sowohl auf Ebene der Gebietskörperschaften als auch bei den Sozialversicherungen unabdingbar. Ein erster Schritt sollte die vollständige Umsetzung einer Rentenreform auf Basis der Vorschläge der Alterssicherungskommission sein.

Deutschland droht in einem Strudel immer weiter steigender Schulden unterzugehen und verliert seine fiskalische Handlungsfähigkeit, Spielräume für Gestaltung sowie Zukunftschancen für Jüngere. Bei den expliziten Schulden hat die aktuelle Bundesregierung mit der Bereichsausnahme für Verteidigung und dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) alle Schleusen geöffnet. Das haben die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2027 in den vergangenen Wochen deutlich gemacht. Steigende explizite Schuldenquoten sind damit vorprogrammiert. Wie eine Konsolidierung in den nächsten Jahren politisch gelingen soll, ist kaum absehbar.

Die wahren Schulden liegen im Verborgenen

Wie dramatisch die langfristige fiskalische Perspektive tatsächlich ist, zeigen aktuelle Berechnungen des Centers für Intergenerative Finanzwissenschaft (CIF) der WHU – Otto Beisheim School of Management im Rahmen eines von der Stiftung Marktwirtschaft geförderten Forschungsprojekts. Demnach beläuft sich die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden insgesamt auf 26,6 Billionen Euro (595,1 Prozent des BIP). Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg um 28,9 Prozentpunkte. Die expliziten Schulden machen dabei nur wenig mehr als ein Zehntel der Nachhaltigkeitslücke aus, während der Großteil der Nachhaltigkeitslücke auf implizite Schulden entfällt. Diese impliziten Schulden, die sich bei Fortführung des Status quo rechnerisch aus den künftigen Defiziten des Staates ergeben, liegen aktuell bei 531,4 Prozent des BIP. „Wer heute immer neue strukturelle Ausgabenerhöhungen beschließt und Leistungsversprechen macht, ohne ihre Finanzierung sicherzustellen, verschiebt die Lasten auf die kommenden Generationen“, warnt Prof. Dr. Christian Hagist, Direktor des Centers für Intergenerative Finanzwissenschaft an der WHU, unter dessen Leitung die aktuellen Berechnungen erstellt wurden.

Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte steigt um 28,9 Prozentpunkte auf 595,1 Prozent des BIP
Nachhaltigkeitslücke in Prozent des jeweiligen BIP*



Anmerkungen: *Referenz-BIP des Updates 2026: 4,47 Billionen Euro. Referenz-BIP des Updates 2025: 4,31 Billionen Euro. Die Berechnungen des Status-quo-Szenarios berücksichtigen erstmals die 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

Quelle: Berechnungen des Centers für Intergenerative Finanzwissenschaft an der WHU.

In den letzten Jahren haben sich vor allem die fiskalischen Perspektiven der Gebietskörperschaften – also von Bund, Ländern und Gemeinden – verschlechtert. Allein bei ihnen beträgt die implizite Verschuldung inzwischen 387,1 Prozent des BIP. Neben dem strukturellen Anstieg der Verteidigungsausgaben sind hier nicht zuletzt die Lasten der Beamtenversorgung sowie die Steuerzuschüsse zu den Sozialversicherungen (u. a. für das Rentenpaket 2025) als Ursache zu nennen.

Sozialversicherungen steuern auf Beitragssätze von 50 Prozent zu

Die impliziten Schulden der Sozialversicherungen belaufen sich bei Fortführung des Status quo auf 144,3 Prozent des BIP. Sie sind u. a. infolge deutlicher Beitragssatzsteigerungen sowie der Gesundheitsreform aus diesem Sommer zwar um den Preis weiterer Verluste an internationaler Wettbewerbsfähigkeit merklich gesunken, von einer fiskalisch nachhaltigen Entwicklung sind die Sozialversicherungen jedoch immer noch weit entfernt. Umso wichtiger ist es, mit mutigen Reformschritten auf der Ausgabenseite den ansonsten drohenden Beitragssatzanstieg zu dämpfen. Ein Gesamtbeitragssatz von 50 Prozent, wie er – trotz eher konservativer Berechnungsannahmen – ansonsten zu erwarten ist, würde u. a. den Abbau von Industriearbeitsplätzen in Deutschland zusätzlich beschleunigen und die für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels notwendige Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern.

Ohne mutige Rentenreform keine nachhaltigen Staatsfinanzen

Ein erster wichtiger Schritt wäre daher die vollständige Umsetzung der Empfehlungen der Alterssicherungskommission. „Ihre Vorschläge weisen grundsätzlich in die richtige Richtung. Die demografische Entwicklung lässt sich nicht durch politische Versprechen aufhalten. Sie muss sich auch in den Regeln für die Alterssicherung widerspiegeln“, fordert Hagist. Vor allem die Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“), die Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung nach 2031 sowie die Erhöhung des Parameters „alpha“ im Nachhaltigkeitsfaktor könnten den Beitragssatzanstieg langfristig deutlich bremsen. Mit der ebenfalls vorgeschlagenen gesetzlichen „Kapitalrente“ in der GRV würde zudem das Rentenniveau stabilisiert und könnte langfristig sogar wieder deutlich steigen. Gleichzeitig würden die impliziten Schulden um 34,1 Prozent des BIP sinken. „Das wäre zumindest ein erster Schritt auf dem Weg zur notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und auch ein Signal der Generationengerechtigkeit“, betont Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Weitere Schritte müssen folgen: Dazu gehört insbesondere eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Ausgaben an den langfristigen finanziellen Möglichkeiten. Alle Ausgaben des Staates gehören auf den Prüfstand. Wir können nicht weiter auf Kosten der zukünftigen Generationen leben“, so der Stiftungsvorstand und führt aus: „Bund, Länder und Kommunen beherrschen nicht mehr die öffentlichen Haushalte, sondern werden von den Ansprüchen und Kostenlawinen überrollt, die sie selbst ausgelöst haben. Die Kontrolle über die Ausgaben zurückzugewinnen, muss oberste Priorität haben.“

Ansprechpartnerin

Dr. Ann Zimmermann
Leitung Kommunikation
zimmermann@stiftung-marktwirtschaft.de

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
D-10117 Berlin
Tel. (030) 20 60 57 33
www.stiftung-marktwirtschaft.de